

## Hoffnung

Vor wenigen Tagen haben wir die endgültige Druckfreigabe für das Programmbuch des 2. Ökumenischen Kirchentages (ÖKT) in München gegeben: über 700 prall gefüllte Seiten mit Vorträgen, Diskussionen, Gottesdiensten, Gebeten, Konzerten, Werkstätten und unzähligen Ereignissen in thematischen Zentren. Wie seinerzeit der 1. ÖKT in Berlin 2003 wird auch München 2010 ein großes, unvergessliches Christentreffen werden, bei dem man dabei gewesen sein muss.

Weil wir den Menschen in unserer Gesellschaft etwas anzubieten haben, darum kommen katholische und evangelische Christen nach München. Und auch viele Christen aus den (nur in Deutschland!) kleineren Kirchen werden dabei sein. Sie haben dieses größte ökumenische Christentreffen in diesem Jahr in ganz Europa mit vorbereitet und bereichert mit ihren "Gaben" und vielen eigenen Ideen.

Gemeinsam wollen wir über alle Themen sprechen, die unsere Zeit bewegen: Globalisierung und Wirtschaft, die soziale Ordnung in Deutschland, Frieden und internationale Gerechtigkeit – auch über die ökumenisch verbindenden und strittigen Fragen. Der Dialog mit den Wissenschaften, das christlich-jüdische Gespräch und das mit dem Islam – das sind nur einige der wichtigsten Bereiche. Zahlreiche prominente Vertreter aus Kirche, Politik, Wirtschaft und Gesellschaft haben ihr Kommen zugesagt. Bundespräsident Horst Köhler und Bundeskanzlerin Angela Merkel werden dabei sein. Jeder Tag beginnt mit Bibelarbeiten in den größten Kirchen und Messehallen. Angeleitet durch Kardinäle, Bischöfe, Theologinnen und Theologen, aber vor allem auch durch Laien aus allen Bereichen des Lebens halten wir gemeinsam inne und betrachten ein Wort der Bibel, um es für unser Heute zu erschließen.

"Damit ihr Hoffnung habt" heißt das Leitwort. Unsere Gesellschaft braucht Christinnen und Christen, die sich, gemeinsam und Hand in Hand, in der Welt und für unsere Welt engagieren. Seien Sie dabei: vom 12. bis 16. Mai 2010 in München!

Anmeldung und alle Informationen unter [www.oekt.de](http://www.oekt.de)

16. Jg. Nr. 1 27. Februar 2010

## Inhalt

<b>Damit wir Hoffnung haben – Christsein für die Gesellschaft</b> Gesellschaftspolitische Verantwortung als Thema des 2. Ökumenischen Kirchentages <i>Eva Maria Welskop-Deffaa</i>	2
<b>Anerkennung ausländischer Abschlüsse</b> Auch eine Frage der Menschenwürde <i>Maria Böhmer</i>	4
<b>Integration in Kirche und Gesellschaft fördern</b> Die katholischen Gemeinden fremder Muttersprache in Deutschland <i>José Alberto Haro Ibáñez</i>	6
<b>Familienfreundlichkeit</b> Initiativen des Deutschen Caritasverbandes (DCV) <i>Angelika Maier, Beatrix Vogt-Wuchter</i>	8
<b>"Service Learning"</b> Ein Projekt zum Lernen bürgerschaftlichen Engagements in der Schule <i>Reinhild Hugenroth, Hermann Strasser</i>	10
<b>Partnerschaft des Christophorus mit der Slowakei</b> <i>Grete Fehrenbach</i>	12

Stefan Vesper

## Damit wir Hoffnung haben – Christsein für die Gesellschaft

### Gesellschaftspolitische Verantwortung als Thema des 2. Ökumenischen Kirchentages

*Der 2. Ökumenische Kirchentag steht vor der Tür. "Christsein in der Gesellschaft" und "Christsein für die Gesellschaft" sind die Fragen, um die es geht. Ganz offensichtlich Fragen der Selbstvergewisserung, Identitätsfragen. Keineswegs zufällig, keineswegs banal. Zu Recht hebt die "Orientierungshilfe des Gemeinsamen Präsidiums" zur Vorbereitung des ÖKT hervor, dass eine merkwürdige Spannung besteht zwischen der Tatsache, dass sich einerseits zwei Drittel der Bevölkerung in Deutschland als Christen verstehen, sich gleichzeitig aber die "Selbstverständlichkeiten einer christlich geprägten Gesellschaft" verflüchtigen.*

"Christsein in der Gesellschaft" – das lässt sich also nicht mehr dadurch leben und erleben, dass man sich einfach an "Selbstverständlichkeiten einer christlich geprägten Gesellschaft" orientiert, so wie das in meiner Kindheit und vielleicht auch der meiner Kinder im katholischen Rheinland vor 15 Jahren noch möglich war. Damals wie heute sind Christen und Christinnen unauffällige Vertreter der Mehrheit, mit dem Unterschied, dass daran heute keine irgendwie gearteten besonderen Anforderungen an öffentlich erfahrbare Alltagshandlungen geknüpft wären. Man kann sonntags, Ostern oder an Weihnachten in die Kirche gehen oder auch nicht – keinesfalls läuft man Gefahr, das eigene Christsein in den Augen der Welt zu verlieren, wenn man darauf verzichtet. Man kann kirchlich heiraten, seine Kinder taufen und beim Tod der Eltern einen Trauergottesdienst ausrichten, muss es aber nicht. Wenn der Partner nicht der eigenen Konfession angehört, eine erste geschiedene Ehe hinter ihm liegt, man die Entscheidung über die eigene religiöse Bindung den Kindern selbst überlassen will, dann ist der Verzicht auf den sakramentalen Beistand in Statuspassagen keineswegs automatisch Ausdruck eines Verzichts auf das Christsein selbst.

Christen sind Chamäleons. Und auch wenn den

einen oder die andere so etwas wie eine nagende Unruhe beschleicht angesichts des fortschreitenden Traditionsverlusts, angesichts der abnehmenden Prägekraft christlicher Rituale für den Alltag ... – die äußerliche Nicht-Erkennbarkeit der Christen und Christinnen in der Gesellschaft beschreibt nicht die eigentliche Herausforderung, vor der wir uns gemeinsam sehen.

### Das "für" als Herausforderung

Wichtiger als die Frage, wie wir in der Gesellschaft leben (wichtiger als die Frage nach dem Christsein in der Gesellschaft) ist offensichtlich die Frage, was wir für die Gesellschaft sind, was uns als Christen und Christinnen für die Gesellschaft bewegt, ob wir in der Lage sind, aus unserem Glauben eine besondere Verantwortung für die Gestaltung unseres gesellschaftlichen Zusammenlebens zu formulieren, ob wir Maßstäbe an unser gesellschaftspolitisches Handeln anlegen, die sich nachvollziehen lassen und die überzeugend wirken auch für diejenigen, die anderen Maßstäben folgen und zu anderen Maßnahmevorschlägen kommen. Entscheidend ist die Frage nach dem Christsein für die Gesellschaft.

Christen und Christinnen müssen Weltverantwortung wahrnehmen, nach bestem Wissen und Gewissen, bereit die eigenen Maßstäbe zu erläutern, bereit Kompromisse zu schließen, unter Achtung der Wertvorstellungen anderer.

### Die Grundlagen sichtbar machen

Der ÖKT wird vielfältig Gelegenheit bieten, Menschen die gesellschaftlich Verantwortung tragen, zu fragen, inwiefern sie ihr Tun vor sich und der Welt als Christen und Christinnen gestalten. Und er wird Gelegenheit bieten, sie zu konfrontieren mit Erwartungen, die andere – Junge und Alte, Frauen und Männer – an Christen und Christinnen in Verantwortung richten. Selbst- und Fremdwahrnehmung zu vergleichen ist eine bewährte Methode der Identitätsvergewisserung. Erst indem wir es aussprechen, wird nachvollziehbar und damit glaubhaft, dass eine konkrete politische Entscheidung, die grundsätzlich auch rein fachlich begründbar wäre, im vorliegenden Einzelfall nach

reiflicher Abwägung ethischer Gesichtspunkte getroffen wurde und sich aus der Perspektive des Handelnden als Ausdruck gelebten Christseins darstellt. Oft ist es klug, auf der Bühne, auf der die Entscheidungen getroffen werden, diesen Aspekt nicht zu deutlich erscheinen zu lassen. Dass der ÖKT diesen Aspekten eine eigene Bühne geben wird, ist seine besondere Chance.

### Den Dialog fortsetzen

Wichtig wird es sein, das Gespräch über christliche Weltverantwortung nach dem ÖKT nicht abreißen zu lassen. Die dort aufgeworfenen Fragen müssen auf der Tagesordnung bleiben. Gute Orte für dieses fortdauernde Gespräch sind die Vollversammlungen und Arbeitskreise des Zentralkomitees der deutschen Katholiken. Gerade erst sind Präsidium, Sprecher und Hauptausschuss neu gewählt. Zu ihrer Aufgaben gehört es, das "ZdK neu zu erfinden", es als Ort und Institution fortzuentwickeln, wo das Gespräch über unsere Verantwortung als Christen in der Welt sich so verdichtet, dass es nicht folgenlos bleibt.

### Lebenslaufpolitik

Noch sind die thematischen Schwerpunkte der Sachbereiche für die nächsten Jahre nicht festgelegt. Als ich mich bei der November-Vollversammlung um das Amt der Sprecherin im Sachbereich gesellschaftliche Grundfragen zur Wahl stellte, habe ich aber darauf hingewiesen, dass wir uns meines Erachtens angesichts des demographischen Wandels und der globalen wirtschaftlichen Krise in den Themenfeldern "Arbeitslosigkeit und Reformen von SGB II/III" einerseits, Alterssicherung andererseits einer Einmischung nicht entziehen können.

Beide Themen stehen exemplarisch für das, was ich Lebenslaufpolitik nennen möchte und wozu ich Christen und Christinnen in ihrer Verantwortung für die Gesellschaft berufen sehe.

So wie die Idee der Sozialen Marktwirtschaft in den Aufbaujahren der Bundesrepublik Deutschland geprägt war durch die christliche Soziallehre, so sollte die soziale Lebenslaufpolitik als Gesellschaftspolitik für die Zukunft im vor uns liegenden Jahrzehnt geprägt werden durch die

Diskussionen und Impulse von Christen und Christinnen. Die Zeit einer statusorientierten Sozialpolitik ist vorbei. Gefordert ist eine Gesellschaftspolitik, die die Dynamiken moderner Lebensläufe wahrnimmt und Menschen befähigt, ihr Leben inmitten dieser Dynamiken zu gestalten.

Lebenslaufpolitik ist dabei gefordert, soziale Risiken in den Lebensläufen und Erwerbsbiografien der Menschen abzusichern – und zwar mit einer explizit auf potenzielle Folgerisiken und -probleme in späteren Lebensphasen bezogenen präventiven Orientierung. Neben der akuten Risikoabsicherung und Unterstützung bei Risikoeintritt geht es um die Vermeidung kurz- und insbesondere langfristiger Folgewirkungen.

Lebenslaufpolitik folgt dem Subsidiaritätsprinzip: Sie bietet keine Vollkasko-Versicherung, setzt auf Eigenverantwortung, bietet aber in weichenstellenden kritischen Übergängen im Lebenslauf zielgenaue Hilfe, z. B. in der Familiengründungsphase oder in der Phase des Wiedereinstiegs ins Erwerbsleben.

Lebenslaufpolitik zielt insbesondere darauf, dass diejenigen Frauen und Männer, die bereit sind, für andere Menschen Verantwortung zu tragen, mit den Risiken, die sich aus dieser Fürsorgearbeit ergeben, nicht allein gelassen werden.

Leitbild dieser Politik ist eine Kultur des Zusammenhalts, die auf einer gleichberechtigten Partnerschaft von Männern und Frauen fußt. Sie befähigt und unterstützt Menschen in allen Lebensphasen darin, Optionen für eine selbst- und mitverantwortliche Gestaltung der eigenen Lebensläufe und ihrer Erwerbsbiographien zu nutzen.

### Damit ihr Hoffnung habt – Damit wir Hoffnung haben

"Er hat uns neu geboren, damit wir eine lebendige Hoffnung haben", so heißt es im dritten Vers des 1. Petrusbriefs, auf den der ÖKT mit seinem Leitwort verweist. Im Perspektivwechsel des Leitworts vom *Ihr* zum *Wir* liegt die Chance des 2. ÖKT. Wenn wir uns daranmachen, die Leitlinien einer sozialen Lebenslaufpolitik energisch mitzugestalten, dann verleihen wir unserer lebendigen Hoffnung Ausdruck und Ziel.

*Eva Maria Welskop-Deffaa, Sprecherin des ZdK für Gesellschaftliche Grundfragen*

## Anerkennung ausländischer Abschlüsse

### Auch eine Frage der Menschenwürde

*Ein junger Mann aus der Ukraine kommt hochmotiviert nach Deutschland. Mit im Gepäck: eine qualifizierte Ausbildung als Ingenieur. Damit will er sich hier eine sichere Existenz aufbauen. Er geht fest davon aus, schnell eine gute Stelle zu finden und in seinem erlernten Beruf arbeiten zu können. Doch dann die große Enttäuschung: seine Ausbildung wird nicht anerkannt. Der Traum von einer Karriere als Ingenieur in Deutschland ist zerplatzt. Statt als Ingenieur arbeitet er jetzt als Hausmeister. Der Ukrainer ist kein Einzelfall. Krankenschwestern verdienen ihr Geld als Putzfrauen, Lehrer räumen Regale ein, Zahnärzte jobben als Kellner.*

Hunderttausende zugewanderte Akademiker und Fachkräfte arbeiten weit unterhalb ihrer Qualifikation, weil ihr Abschluss in Deutschland formal nicht anerkannt wird. Dies ist eine riesige Verschwendung von Ressourcen, aber auch eine Frage der Menschenwürde, denn wer sein Können nicht zeigen kann, fühlt sich zurückgesetzt. Umso wichtiger ist es, dass wir bei der Anerkennung der ausländischen Bildungs- und Berufsabschlüsse zügig vorankommen. Wir sind auf dem richtigen Weg: Vor kurzem hat das Bundeskabinett Eckpunkte für eine gesetzliche Regelung beschlossen. Sie knüpfen an ein Konzept an, das ich bereits im Juni vergangenen Jahres gemeinsam mit Bildungsministerin Annette Schavan vorgestellt habe. Ziel ist es jetzt, im Laufe dieses Jahres ein Anerkennungsgesetz auf den Weg zu bringen.

### Vielfalt ist eine große Chance

Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist für alle ein Gewinn. Wir gehen davon aus, dass etwa 300.000 zugewanderte Frauen und Männer Interesse an einem Anerkennungsverfahren haben werden. Ihnen hilft die geplante Neuregelung unmittelbar. Doch auch unser Land profitiert davon, wenn die vielen Akademiker und Fachkräfte endlich angemessen auf dem Arbeitsmarkt

beschäftigt werden können. Schon jetzt macht sich der Fachkräftemangel in vielen Bereichen in unserer Wirtschaft, im Gesundheitswesen und auch in den Schulen bemerkbar. Es ist umso unverständlicher, dass wir bisher nicht auf die zurückgegriffen haben, die schon bei uns leben. Deshalb ist der Beschluss des Bundeskabinetts ein großer Schritt nach vorne.

Zugleich setzen wir ein wichtiges Signal: Vielfalt ist eine große Chance für unser Land. Auch die Wirtschaft und öffentliche Arbeitgeber erkennen dies zunehmend an. Bundesweit haben bereits mehr als 700 Unternehmen und Institutionen die "Charta der Vielfalt" unterzeichnet. Damit setzen sie verstärkt auf spezielle Fähigkeiten der Zuwanderer wie Sprachkenntnisse und kulturelle Kompetenzen. Nicht nur für das Arbeitsleben gilt: Wir müssen die Leistungen und Potenziale der Migranten vermehrt zu schätzen lernen. Ihre Fähigkeiten sind ein Gewinn für uns alle!

### Anerkennungs-Dschungel lichten

Die Eckpunkte für eine gesetzliche Regelung sehen einen Anspruch für ein Anerkennungsverfahren für alle Berufs- und Zuwanderergruppen vor. Das ist ein entscheidender Punkt, denn bisher hatten nur Aussiedler und EU-Bürger einen formalen Anspruch. Wichtig ist, dass die Verfahren für die jeweiligen Berufe einheitlich geregelt werden. Für manche, wie beispielsweise für die Heilberufe Ärzte und Apotheker, aber auch Krankenschwestern, hat der Bund die Gesetzgebungskompetenz. Für andere Berufsgruppen, wie Architekten, Lehrer und soziale Berufe liegt sie bei den Ländern. Zudem sind in den Bundesländern noch unterschiedliche Stellen zuständig. Zugewanderte wissen häufig nicht, wohin sie sich mit ihrem Anliegen wenden sollen. Es herrscht ein wahrer Anerkennungs-dschungel. Das muss sich ändern!

Zugleich kommt es darauf an, die Verfahren zur Feststellung beruflicher Qualifikationen individuell durchzuführen. Der Vorteil: Neben formalen Abschlüssen wird auch die Berufserfahrung angemessen berücksichtigt. Als hilfreich wird sich auch die Möglichkeit einer formalen Teilanerkennung erweisen. Das bedeutet: Nach der Feststellung der vorhandenen Qualifikationen legt ein förmlicher Bescheid fest, welche Kompetenzen vor-

handen sind, wie sie im Vergleich zum deutschen Ausbildungsniveau zu bewerten sind und welche Kompetenzen fehlen. Diese können dann in einer so genannten Anpassungsqualifizierung erworben werden. Am Ende kann dann die formale Anerkennung der gesamten Qualifikation stehen. In manchen Fällen wird schon die Teilanerkennung ausreichen, um auf dem Arbeitsmarkt eine der vorhandenen Qualifikation entsprechende Stelle zu finden. So wäre es beispielsweise denkbar, dass der im Ausland erworbene Abschluss als Ingenieur zwar nicht dem deutschen Diplomabschluss, dafür aber die Teilanerkennung der eines Technikers entspricht.

Ein zentrales Anliegen ist auch die Beschleunigung der Anerkennungsverfahren. Häufig ziehen sie sich über viele Monate hin, manchmal dauern sie deutlich länger als ein Jahr. Das ist für die Betroffenen, die motiviert nach Deutschland gekommen sind, aber auch mit Blick auf den Arbeitsmarkt untragbar und zermürbend. In Dänemark beispielsweise dürfen die Anerkennungsverfahren höchstens sechs Monate dauern. Das muss auch bei uns gelten.

### **Beitrag zu einer neuen Kultur der Anerkennung**

Jetzt kommt es darauf an, gemeinsam mit den Bundesländern innerhalb dieses Jahres eine gesetzliche Regelung zu verabschieden. Dafür ist es höchste Zeit – und nicht nur in ökonomischer Hinsicht. Die Zuwanderer warten schon lange auf das Signal, dass ihre Leistungen "anerkannt" werden, und zwar nicht nur auf dem Papier. Die Anerkennung ausländischer Abschlüsse ist ein wichtiger Beitrag zu einer neuen Kultur der Anerkennung. Die Botschaft lautet: Wer sich in unserer Gesellschaft mit seinen Fähigkeiten und Kenntnissen einbringen will, dem reichen wir gerne die Hand, unabhängig von seiner Herkunft. Viele Jahrzehnte ist es in Deutschland versäumt worden, dieses Signal auszusenden. Der Begriff "Gastarbeiter" sagt alles. Eine Förderung ihrer Potenziale, eine Wertschätzung ihrer kulturellen Kompetenzen kam damals kaum in den Sinn. Sie waren in Deutschland auf sich alleine gestellt. Die Einheimischen gingen selbstverständlich davon aus, dass die "Gastarbeiter" nur für begrenzte Zeit in Deutschland bleiben – wie die "Gastarbeiter" selbst auch.

Erst in den letzten Jahren hat sich dieses Bild der Realität angepasst. Langsam entwickelte sich die Sichtweise: Vielfalt ist eine Chance und ein Gewinn für alle Seiten. Auch wenn sich die Versäumnisse der letzten 50 Jahre nicht kurzfristig aufholen lassen, hat sich in den vergangenen fünf Jahren viel bewegt: der Nationale Integrationsplan und die Integrationsgipfel im Kanzleramt haben das Thema in den Blick gerückt. Integration ist für mich ein Prozess der gemeinsamen Verantwortung von Zuwanderern und Einheimischen. Das Motto lautet: Fordern und Fördern. Ziel ist es, allen Menschen in unserem Land die gleichberechtigte Teilhabe zu ermöglichen. Voraussetzung dafür sind gute Sprachkenntnisse sowie eine qualifizierte Bildung und Ausbildung.

### **Anerkennung der Abschlüsse ein Meilenstein**

Umso alarmierender ist es, dass die Bildungssituation der Migranten in Deutschland nach wie vor wesentlich schlechter als die der Einheimischen ist. So haben laut Mikrozensus 2008 insgesamt 14,2 Prozent der Zuwanderer keinen Schulabschluss im Vergleich zu 1,8 Prozent der deutschen Bevölkerung. Deshalb sind die Länder aufgefordert, Schulen mit einem hohen Migrantenanteil stärker als bisher zu unterstützen. Kein Kind darf verloren gehen! Ohne Schulabschluss stehen die Chancen für eine gute Perspektive in unserem Land gleich null. Wir müssen alles daran setzen, die Talente der jungen Migranten zu fördern. Ich bin mir sicher, viele von ihnen haben das Potenzial, erfolgreich in Deutschland ihren Weg zu gehen – auch auf dem Arbeitsmarkt. So wie der Ingenieur aus der Ukraine. Wir müssen deshalb die Voraussetzungen dafür schaffen, dass Menschen aus Zuwandererfamilien ihr Können zeigen und ihr Wissen einbringen können. Die Anerkennung der ausländischen Abschlüsse ist deshalb ein Meilenstein: Endlich wird die Leistung der Zuwanderer anerkannt – und das im doppelten Sinne.

*Prof. Maria Böhmer, Staatsministerin, Beauftragte der Bundesregierung für Migration, Flüchtlinge und Integration, Mitglied des ZdK*

## Integration in Kirche und Gesellschaft fördern

### Die katholischen Gemeinden fremder Muttersprache in Deutschland

***"Denn wie der Leib eine Einheit ist, doch viele Glieder hat, alle Glieder des Leibes aber, obgleich es viele sind, einen einzigen Leib bilden: so ist es auch mit Christus. Durch den einen Geist wurden in der Taufe alle in einem einzigen Leib aufgenommen, Juden und Griechen, Sklaven und Freie; und alle wurden mit dem einen Geist getränkt", so schreibt Paulus im Ersten Brief an die Korinther (12,12-13) und so hören es die katholischen Christen gerade in diesen Tagen aus den sonntäglichen Lesungen. Und so verhält es sich mit den rund 3,2 Millionen Christen unter den 6,73 Millionen Menschen mit ausländischem Pass in Deutschland. Circa 2 Millionen von ihnen sind Katholiken, etwa 0,9 Millionen Orthodoxe und rund 0,3 Millionen evangelische oder Angehörige von Freikirchen. Über 400 muttersprachliche Gemeinden mit jeweils 3-7 Gottesdienstorten lesen jede Woche die gleichen Texte für mehr als 30 Volks- beziehungsweise Sprachgruppen. In Kirche und Gesellschaft hat eine multikulturelle Entwicklung stattgefunden, die den Charakter und die Zusammensetzung der ausländischen Gemeinden verändert hat.***

### Orte einer lebendigen Kirchenerfahrung

Seit dem Beginn der Einwanderung Ende der 50er bzw. Anfang der 60er Jahren hat die Deutsche Bischofskonferenz die katholischen Missionen mit der geistlichen Betreuung der Migranten beauftragt. Die katholischen Missionen wurden als "Missiones cum (oder sine) cura animarum" gegründet und erhielten die notwendige Infrastruktur, um die Betreuung der Migranten auf religiösem und sozialem Gebiet zu garantieren. Die Gottesdienste wurden in deutschen Kirchen in fremden Sprachen gefeiert und die den Missionen zur Verfügung gestellten Räumlichkeiten dienten als Ort der Begegnung, Kommunikation und Weiterbildung für die Migranten. Die katholischen Missionen haben die

Kirche den Migranten und die Migranten der Kirche näher gebracht. Dadurch wurden die Missionen auch zu Wegbereitern auf dem Weg der deutschen Gesellschaft zu einer Aufnahmegesellschaft.

Auf seelsorglichem Gebiet boten und bieten die katholischen Missionen den Laien die reale Möglichkeit, aktiv an dem Leben und dem pastoralen Angebot der Gemeinde mitzuwirken. Sie konnten Mitglied des Pfarrgemeinderates, Katechet, Lektor in den Gottesdiensten werden und die Kranken in den Krankenhäusern besuchen. Durch die Missionen konnten sich viele Laien als aktive Mitglieder der Gemeinde und lebendige Bausteine der Diözesankirche fühlen.

Die Missionen verstehen sich als Bestandteil der jeweiligen Ortskirche mit allen dazugehörenden Pflichten und Rechten. Und so kommt es, wie es kommen musste (im bestverstandenen Sinne): Immer mehr Persönlichkeiten aus den fremdsprachlichen Gemeinden, die zunächst in der muttersprachlichen Gemeinde aktiv mitwirkten, übernahmen immer mehr Verantwortung in der deutschen "Heimatgemeinde". Sie wurden auch zunehmend in die Dekanats- und Bistumsräte gewählt.

Die Herausforderung besteht darin, sich aufeinander einzulassen. Je offener dies geschieht, desto weniger Vorbehalte bestehen. Es geht nicht in erster Linie um "Geben und Nehmen", aber es geht auch darum, denn erst in diesem Austausch offenbart sich der "Gewinn" und genau an dieser Stelle wird der Teil des Glaubensbekenntnisses: "ich glaube an die heilige katholische Kirche, die Gemeinschaft der Heiligen ..." lebendige Gestalt. Aktive Christen in den ausländischen Missionen sind auch immer aktive Christen der Diözesen.

Sehr früh erkannten zum Beispiel die spanischen Missionen, dass es nicht genügt, "nur" innerhalb der Kirchenmauern "ein Leib" zu sein, und so investierten sie viel Energie daran, die Eingliederung in die deutsche Gesellschaft zu fördern, unter anderem durch Hilfe und Beistand zur Gründung von Elternvereinen, die sich selbstverantwortlich um die schulische Integration ihrer Kinder im deutschen Bildungssystem kümmerten (und noch heute beispielhaft kümmern).

### Machen sich Missionen überflüssig?

Seit den 60er Jahren hat sich die Migration in Deutschland stark gewandelt. Die "neue", veränderte Migration und Zuwanderung in Deutschland wird geprägt durch globalisierungsbedingte Zuwanderungen von Menschen aus Forschung und Wirtschaft, durch Zuwanderungen aus Lateinamerika und Osteuropa, durch Asylsuchende und Kriegs- und Bürgerkriegsflüchtlinge, durch Menschen mit Kettenduldungen oder illegale Migranten, durch transnationale Formen der Arbeitsmigration mit hochqualifizierte Migranten, durch binationale Ehen und Familien, durch Jugendliche, die in zwei Kulturen aufgewachsen und integriert sind, durch Senioren, die hiergeblieben sind (bzw. die sich hier lange Zeit aufhalten).

Im zusammenwachsenden Europa werden wir mit immer neuen ersten Generationen von Migranten rechnen müssen, d. h. mit sich ständig erneuernden Minderheiten aus anderen EU-Staaten. Die muttersprachlichen Missionen sind Orte, an denen diese Menschen Aufnahme, Familiarität, menschliche Wärme und Kontakt mit ihresgleichen suchen und finden. Keine Zivilgesellschaft ist in der Lage, Vergleichbares zu bieten.

Die Deutsche Bischofskonferenz hat im März 2003 unter dem Titel "Eine Kirche in vielen Sprachen und Völkern" verbindliche Richtlinien herausgegeben, die die besondere Seelsorge für Katholiken anderer Muttersprache garantieren. Im Mai 2004 wurde die päpstliche Instruktion "Erga migrantes caritas Christi" veröffentlicht. Sie unterstreicht das Recht der Migranten auf spezielle Seelsorge und die dazugehörige Pflicht der Diözesen sich um geeignete Angebote der Migrantenseelsorge zu kümmern. Beide Dokumente befürworten die Notwendigkeit der Kooperationsformen in der Seelsorge der Diözesen.

### Teilnahme und Teilhabe der Missionen

Zu den Aufgaben der katholischen Missionen gehört es, vor allem mündige und aktive Christen zu begleiten und deren Teilnahme und Teilhabe am Leben der Kirche und der Gesellschaft zu fördern. Aktiver Christ wird man nur durch Partizipation am Leben der Pfarrgemeinde, zum Beispiel als

Katechet und Katechetin, als Lektor und Lektorin, als Mitglied des Pfarrgemeinderates oder durch Engagement im karitativen Bereich wie beispielsweise bei Krankenbesuchen.

Gleichzeitig ist es notwendig, die aktive Beteiligung der Missionen in den kirchlichen Organisationen und Gremien auf allen Ebenen voranzubringen. Diese institutionelle Zugehörigkeit der Missionen anderer Muttersprache und Kultur in den bestehenden Gremien der deutschen Katholiken ist die beste Grundlage, um eine Parallelkirche ohne Zusammenarbeit zu vermeiden, um die Integration der Ausländerseelsorge in der Pastoral der Bistümer zu garantieren und die Zusammenarbeit zu fördern.

Die Missionen anderer Muttersprache sind zwar Personalgemeinden, aber jede Mission für die Katholiken anderer Muttersprache und Kultur sollte – wie jede Territorialpfarre – einen Pastoralrat haben, der die Präsenz, Mitarbeit und Mitverantwortung der Laien im Leben der Mission artikuliert und fördert. Die katholische Mission der spanischsprachigen Katholiken hält konsequent an dieser Linie und entsendet ihre diözesanen Vertreterinnen und Vertreter in den nationalen Pastoralrat. Hier gilt es, den Stimmen von 23 Nationalitäten Gehör zu verschaffen, damit ein Geist ist und bleibt.

*José Alberto Haro Ibáñez, Mitglied im nationalen Pastoralrat der katholischen Missionen für Spanischsprachige in Deutschland*

"Der Umgang zwischen ausländischen und deutschen Katholiken in unseren Gemeinden kann zu einem Motor für ein zukunftsweisendes Zusammenleben in der deutschen Einwanderungsgesellschaft werden. Das Miteinander von Gläubigen verschiedener Herkunft ist indes für die Kirche zunächst eine Frage des eigenen Selbstverständnisses, ist sie doch von ihrem Wesen und Ursprung her eine Kirche von Menschen unterschiedlicher Sprachen und Kulturen, die aufgrund von Taufe und Firmung Gemeinde sind. Die Integrationsleistung und -kompetenz der muttersprachlichen Gemeinden muss in diesem Zusammenhang hervorgehoben werden."  
(aus dem Integrationswort der Deutschen Bischöfe, 22.09.2004)

## Familienfreundlichkeit

### Initiativen des Deutschen Caritasverbandes (DCV)

*Die Diskussion in der Gesellschaft, Vereinbarkeit von Beruf und Familie zu verbessern, hat auch in der Zentrale des DCV den Blick für den Personenkreis mit Familienverantwortung geschärft. Insbesondere die beschäftigten Frauen in der DCV-Zentrale, die nach wie vor in höherem Maße zugunsten der Familienarbeit ihre berufliche Tätigkeit einschränken, forderten seit längerem Verbesserungen.*

Der Dienstgeber, der auch die Wirtschaftlichkeit des Unternehmens zu sichern hat, nahm eine entscheidende Weichenstellung vor: Er forcierte eine Organisationskultur, die die Gestaltung von familienbewussten Arbeitsbedingungen für die Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen zulässt.

### Richtlinien

Bereits im Leitbild des Deutschen Caritasverbandes aus dem Jahre 1997 ist die Familienfreundlichkeit verankert. Dort heißt es: "Er [der Deutsche Caritasverband] sucht nach Möglichkeiten, die es Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern erleichtern, Beruf und Familienaufgaben in Einklang zu bringen." Der Anspruch, familienfreundlich zu sein, findet sich auch in den "Leitlinien für unternehmerisches Handeln der Caritas", die im Oktober 2008 von der Delegiertenversammlung des Deutschen Caritasverbandes beschlossen wurden. Nicht zuletzt ist das Thema "Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen in den Einrichtungen und Diensten der Caritas" Bestandteil der strategischen Ziele des Vorstands des DCV. Ein Unterziel der strategischen Ziele besagt, dass der Unterstützungsbedarf für die Personalgewinnung und -entwicklung im Verband und die Aufgaben der Bundesebene identifiziert und Impulse für einzelne Themenfelder mit verbandlichen Akteuren erarbeitet werden sollen. Die Förderung familienfreundlicher Arbeitsbedingungen ist einer der Wege zur Erreichung dieses Unterziels.

### Initiativen in der Zentrale

Zwischen 2003 und 2009 wurden in der Zentrale wichtige Weichenstellungen auf den Weg gebracht, zum Beispiel die Gleichstellungserklärung

von 2003 und die Berufung einer betrieblichen Gleichstellungsbeauftragten mit dem Auftrag, unter anderem die Gleichstellung von Frauen und Männern in der Zentrale voranzubringen. Die Einbindung der Familienfreundlichkeit wurde als ein strategisches Ziel des Vorstands nach dessen Satzungsreform aufgenommen. Das Auditverfahren 2005 wurde gestartet.

Mit dem Auditverfahren wurde der Zentrale ein Managementinstrument an die Hand gegeben, das mit Hilfe eines Außenstehenden Wege aufzeigt, wie langfristig die Vereinbarkeit von Beruf und Familie verbessert und gesichert werden kann. Acht Handlungsfelder begutachtet die Hertie-Stiftung für eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie: Arbeitszeit, Arbeitsorganisation, Arbeitsort, Informations- und Kommunikationspolitik, Führungskompetenz, Personalentwicklung, Entgeltbestandteile und geldwerte Lösungen, Service für Familien. In diesen Bereichen werden unternehmensspezifische Lösungen für eine familienorientierte Personalpolitik ermöglicht und familienfreundliche Maßnahmen entwickelt.

### Zwischenbilanz

Was hat die Zentrale zwischenzeitlich erreicht? Es wurde ein Kontakthalteprogramm eingeführt, das die Arbeitsorganisation für beurlaubte Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter von der Mitteilung der Schwangerschaft bis zum Wiedereintritt in den Beruf begleitet. Die Gleichstellungsstelle hat im gleichen Zeitraum – entsprechend ihrem Auftrag – ein spezielles Serviceangebot für Familien mit Kindern und für pflegende Angehörige entwickelt und in das Auditverfahren eingebracht.

- Ein Eltern-Kind-Büro wurde eingerichtet.
- Kinderbetreuungsangebote für Notsituationen wurden implementiert. Drei unterschiedliche Maßnahmen stehen für Notsituationen zur Verfügung:
  - Betreuen und Arbeiten mit Hilfe der mobilen Spielecke im eigenen Arbeitszimmer.
  - Verlässliche Kinderbetreuung in Notfällen durch "Leihomas". Ehemalige Mitarbeiterinnen aus dem Pensionärskreis der Zentrale unterstützen die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter bei kurzfristig fehlenden Betreuungs- bzw. Aufsichtsmöglichkeiten für Kinder oder bei zu pflegenden Angehörigen.
  - Betreuen und Arbeiten im Eltern-Kind-Büro.

- Belegplätze in der Krabbelstube für Studierende der Katholischen Fachhochschule, sie dürfen auch von der Mitarbeiterschaft der Zentrale genutzt werden.
- Die jährlich stattfindende Kinderferienmaßnahme in den Sommerferien gehört zum Standard. Von der Krabbelgruppe bis zu den 11-Jährigen können Kinder ganz- und halbtags betreut werden.
- Die Zusammenstellung "Überblick von Hilfen für pflegende Angehörige" sowie die Betreuungsangebote für Kinder wird in regelmäßigen Abständen aktualisiert.

2008/2009 wurden zwei Dienstvereinbarungen (DV) erarbeitet, die den Personenkreis in Familienverantwortung unterstützen und auch für ihn familienfreundliche Arbeitsbedingungen herstellt:

- die DV Telearbeit. Diese ermöglicht auch häusliche Telearbeit und erhöht für die Mitarbeitenden eine breitere Flexibilisierung von Arbeitszeit und Arbeitsort;
- die DV Dienstreise und Kinderbetreuung. Sie mildert die finanzielle Härte, wenn unverhofft Kosten für die Organisation einer Notfall-Kinderbetreuung im Rahmen einer notwendigen Dienstreise anfallen. Der Personenkreis mit Kindern unter 14 Jahren profitiert von dieser DV.

Für diese Maßnahmen wurde die Zentrale des Deutschen Caritasverbandes e. V. in Freiburg 2008 zum zweiten Mal nach 2005 als familienfreundliche Einrichtung ausgezeichnet. Die Auszeichnung belegt, dass die Zentrale am Standort Freiburg mit ihren rund 350 Mitarbeitenden neben der sozialpolitischen Lobbyarbeit für Familien auch im eigenen Betrieb den Ausbau familienfreundlicher Strukturen unterstützt und fördert.

### **Verbandsweites Projekt zur Förderung familienbewusster Arbeitsstrukturen**

Der Deutsche Caritasverband ist zudem über seine Verbandszentrale hinaus aktiv geworden, denn auch die über 500.000 Mitarbeiter(inn)en, die bundesweit in Einrichtungen und Diensten der Caritas beschäftigt sind, müssen betriebliche und familiäre Anforderungen miteinander in Einklang bringen können. Die besondere Herausforderung besteht hierbei in den Strukturen der Einrichtungen der Caritas selbst: über 80 Prozent aller Beschäftigten der Caritas sind Frauen, ebenso arbeiten fast 80

Prozent aller Mitarbeiter(innen) im stationären Einrichtungen. Das sind Einrichtungen der Alten-, Behinderten oder Jugendhilfe sowie Krankenhäuser, in den an 365 Tagen pro Jahr, 24 Stunden pro Tag Dienst am Menschen geleistet wird.

Der Vorstand des DCV hat zum 01.12.2009 ein verbandsweites Projekt initiiert und will somit nicht nur auf der politischen und gesellschaftlichen Ebene Familienfreundlichkeit einfordern, sondern selbst im eigenen Anstellungsbereich aktiv werden.

Ziel des Projektes ist die langfristige Verortung von familienbewussten Arbeitsstrukturen in den Einrichtungen und Diensten der Caritas. Hierbei sollen konkrete Handlungsleitlinien erarbeitet werden, die praxisnah aufzeigen, wie familienbewusste Arbeitsstrukturen vor Ort geschaffen werden können. Ein erster Meilenstein des Projektes ist es daher, die Anforderungen der verschiedenen Arbeitsfelder und Diensttypen aufzugreifen und für die einzelnen Bereiche zu operationalisieren, denn ein Krankenhaus hat andere Anforderungen als ein ambulanter Pflegedienst und diese noch mal andere als eine Beratungsstelle. Dennoch gilt über alle Unterschiede der Einrichtungen und Dienste hinweg, dass das Thema Vereinbarkeit von Beruf und Familie auch in den Köpfen der dort arbeitenden Personen verankert werden muss. Hier soll das Projekt auch durch Publikationen und Präsenz in Konferenzen und Tagungen Anstöße geben.

Zudem soll eine caritasweite Datenbank mit Elementen guter Praxis aufgebaut werden, wo interessierte Einrichtungen und Dienste über ihre Erfahrungen und konkreten Maßnahmen berichten und andere Informationen und Anregungen finden können. Mit dem langfristigen Aufbau von selbständigen regionalen Netzwerken, können Plattformen entstehen, die eine Kultur des Voneinanderlernens und des gegenseitigen Austauschs befördern.

Familienbewusste Arbeitsstrukturen können nicht "von oben" verordnet werden – sie müssen in den Einrichtungen und Diensten gelebt werden. Dies zu befördern, ist Aufgabe und Anliegen des Projekts.

*Angelika Maier, Gleichstellungsbeauftragte in der Zentrale des DCV; Beatrix Vogt-Wuchter, Referentin in der Stabsstelle Sozialwirtschaft*

## "Service Learning"

### Ein Projekt zum Lernen bürgerschaftlichen Engagements in der Schule

*Es gibt unzählige gute Beispiele des Engagements von Schülern für Demokratie und zivilgesellschaftliche Organisationen. Systematisch erfasst werden sie leider sehr selten. Zahlreiche neue Formen der Schülerpartizipation wurden in den letzten Jahren diskutiert und in die Praxis transferiert – und insbesondere die Lehr-Lern-Methode "Service Learning".*

#### Der Begriff

Die Erziehung zu Demokratie und bürgerschaftlichem Engagement in realen Projektumfeldern einer Schule und Gemeinde ("Community") wird in den USA und in Kanada auch als "civic education" bezeichnet. Unter dieser "Dachmarke" versteht sich "Service" als eine selbstverpflichtende Haltung der Allgemeinheit gegenüber. Es ist eine Frage von Gegenseitigkeit, die der Bürger mit dem Staat eingeht, und zwar so, dass dieser Service auch gelernt werden muss (also "Learning"). "Community" ist nicht nur einfach die Gemeinschaft, sondern hier findet auch die "Communication" der Menschen statt, die gemeinsam im Gespräch die gesellschaftliche Lage erforschen, Probleme erkunden und zu deren Lösung beitragen.

"Service Learning" ist übrigens nicht nur auf den schulischen Raum beschränkt, sondern findet auch an Hochschulen statt, wie das Projekt UNIAKTIV der Universität Duisburg-Essen beweist und dafür auch bereits ausgezeichnet wurde (vgl. [www.uni-aktiv.org](http://www.uni-aktiv.org)).

#### Die Methode

Projekte des "Service Learning" werden gemeinsam mit Schülern erarbeitet. Eine Klasse bereitet sich auf das Projekt vor, indem sie zunächst das Umfeld der Schule analysiert und versucht, tatsächliche Probleme im Ort oder im Stadtviertel zu entdecken. Keine konstruierten Probleme sollen bearbeitet werden, sondern Problemlagen, die man in der Lebenswelt der Schulumgebung

vorfindet. Als Hilfestellung werden Zeitungen, Interviews mit Anwohnern oder das Internet genutzt. In Exkursionen erfassen die Schüler, wo sie tätig werden können. Sie fotografieren, schreiben Protokolle, werten Interviews aus und sammeln Informationen. Diese werden im jeweiligen Unterricht aufbereitet. So werden beispielsweise im Fach Biologie die Umweltprobleme eines Flusses thematisiert und entsprechende Untersuchungen dokumentiert. Oder im Fach Deutsch werden Zeitungsartikel über eine Kindertagesstätte vorgetragen, die in einem sozialen Brennpunkt liegt und öffentlich nach Unterstützung fragt. Die Schüler versuchen, unter Anleitung herauszufinden, ob sie selbst in der Lage sind, dieses Problem zu lösen, oder ob andere Institutionen dafür eher zuständig bzw. besser geeignet sind, sei es die Stadtverwaltung, die Politik oder private Institutionen. Erst wenn sie eine mögliche Strategie zur Bearbeitung des Problems gefunden haben, werden die Schülerinnen und Schüler tätig.

#### Die Durchführung

Prinzipiell kommen alle Fächer für Projekte des "Service Learning" in Betracht. Tatsächlich findet "Service Learning" häufig in so genannten Wahlpflichtfächern wie Arbeitskunde und -lehre statt oder in Stunden der Selbstorganisation wie im Klassenrat; oder es findet im Rahmen der Angebote des offenen Ganztages statt. Schüler setzen sich selbst ein Ziel und stellen eine Zeitperspektive auf. Zum Beispiel lesen sie für ein halbes Jahr jeweils über eine Doppelstunde in einer Kindertagesstätte in einem sozialen Brennpunkt den Kindern aus Büchern oder selbst geschriebenen Geschichten vor. So werden sie zu Lesepaten und sind eine Bereicherung für die Kinder in der Kindertagesstätte, da ihnen Zeit und Aufmerksamkeit gewidmet wird. Gleichzeitig lernen die Schüler, für Aufmerksamkeit in einer Kindergruppe zu sorgen, und können geeignete Bücher für Kinder aussuchen und selbstverständlich ihre Erzähltechnik verbessern.

Oder Schüler führen einen Handy- oder einen Computerkurs in einem Seniorenheim durch. Die Kinder können Mitglieder der älteren Generation von Offlinern zu Onlinern fortentwickeln. Auch dort werden ihre sozialen Kompetenzen

im Umgang mit anderen Menschen gestärkt. Zudem lernen die Schüler in Seniorenheimen den Umgang mit hilfsbedürftigen Personen – eine Fähigkeit, die ihnen zu Hause, in der Nachbarschaft oder Verwandtschaft wiederum zugute kommt. Wenn sie über einen längeren Zeitraum dort tätig sind, kann die eine oder andere Erfahrung mit Sterben und Tod dazugehören. Und es kann der Beginn des Erwerbs von sozialem Kapital und des Einsatzes von freiwilligem Engagement sein und damit ein wichtiger Beitrag zur Lösung der sozialen Frage des 21. Jahrhunderts.

Häufig entwickeln sich aus einem Projekt gleich mehrfache Beziehungen zur Schule. Was als Service-Learning-Projekt angefangen hat, kann darin enden, dass der Träger des Seniorenheims das Mittagessen für die Schule liefert oder dass gemeinsame Theateraufführungen organisiert werden. So kann aus der Öffnung der Schule für einen begrenzten Zeitraum eine langjährige Partnerschaft resultieren.

Den zahlreichen Möglichkeiten des zivilen Engagements sind auch auf der Ebene der Schule kaum Grenzen gesetzt. Es wird vielmehr deutlich, dass Schulen "Gelegenheitsstrukturen" zur Verfügung stellen, in denen Schülerinnen und Schüler "Verantwortungsrollen" erlernen und übernehmen können.

### Die Reflexion

Der tatsächliche Kompetenzgewinn wird erst in der Reflexion des Service-Learning-Projekts deutlich. Schüler teilen ihre Erfahrungen in der Schule mit. Diese werden dokumentiert und verarbeitet, etwa in einem Artikel für eine Zeitung oder auf der Schul-Homepage. Die Kompetenzbeschreibung macht den Kern des Lerneffekts aus.

Sinnvollerweise orientiert sich der Kompetenzbegriff an den Schlüsselkompetenzen der OECD – wie autonome Handlungsfähigkeit, Interagieren in heterogenen Gruppen oder Umgang mit neuen Medien (vgl. [www.deseco.admin.ch](http://www.deseco.admin.ch)).

Jede einzelne Kompetenz – beispielsweise die soziale Kompetenz mit Blick auf ältere Menschen – sollte sich diesen übergeordneten Kompetenzbereichen zuordnen lassen. Vorschläge für einzelne

Kompetenzbeschreibungen gibt es seit einigen Jahren und sie werden aktuell neu diskutiert. Die Schüler und auch Partner in Zivilgesellschaft und Wirtschaft sollten erfahren, welche Kompetenzen in Projekten des "Service Learning" erworben werden. Zertifikate erleichtern diese Kommunikation.

### Die Perspektive

Service-Learning-Projekte schießen wie Pilze aus dem Boden – und das ist gut so. Das Netzwerk Service Learning wird von der Freudenberg-Stiftung betreut und dokumentiert diese Entwicklung. In Nordrhein-Westfalen beispielsweise ist durch ein großzügiges Sponsoring der WGZ-Bank allen weiterführenden Schulen die Möglichkeit eingeräumt worden, Service-Learning-Projekte durchzuführen ([www.sozialgenial.de](http://www.sozialgenial.de)). Auch die Deutsche Gesellschaft für Demokratiepädagogik kooperiert mit diesem Partner. Für eine Schulentwicklung, die zivilgesellschaftliche Orientierungen in den Mittelpunkt rückt, um für Demokratie und gegen Gewalt zu arbeiten, schlagen wir den Klassenrat als systematischen Ort des "Service Learning" vor. Dieser tagt wöchentlich und bespricht die Projekte und Probleme einer Klasse. Hier wäre der Ort, wo Schüler am meisten über sich selbst bestimmen und kreative Ideen für ein bürgerschaftliches Engagement entfalten können. Der Lehrer wäre Begleiter, aber nicht Leiter der Projekte.

Um die intrinsische Motivation der Schüler zu erhalten und auszubauen, so dass sie auch nach der Schulzeit bürgerschaftliches Engagement entfalten, sollten Zertifikate genügen und eine klassische Beurteilung nach Noten unterbleiben. Erst aus der Freiwilligkeit entsteht Engagement, allerdings müssen entsprechende Kontexte geboten werden.

*Reinhild Hugenroth, Sprecherin der Arbeitsgruppe "Bildung und Qualifizierung" im Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE) und Mitglied im nordrhein-westfälischen Landesvorstand der Deutschen Gesellschaft für Demokratiepädagogik*

*Prof. Dr. Hermann Strasser, emeritierter Professor für Soziologie an der Universität Duisburg-Essen*

[www.servcicelearning.de](http://www.servcicelearning.de)

## **Partnerschaft des Christophorus mit der Slowakei**

Der Christophorus ist eine im Jahre 1949 gegründete Gemeinschaft katholischer Akademiker und Akademikerinnen. Nach der Wende 1989/90 bemühte er sich um Hilfe in den östlichen Nachbarländern. Zunächst unterstützte er ein Projekt, Studierenden zu helfen, die zu DDR-Zeiten nicht zum Studium zugelassen worden waren (sog. "Nichtgeweihte"). Später suchte er einen Partner in den osteuropäischen Ländern und fand diesen mit Hilfe von Renovabis im Slowakischen Christlichen Akademikerverband (USKI). Seit 1997 hat sich ein intensiver und freundschaftlicher Kontakt herausgebildet. Mehrere Reisen von Christophorus-Mitgliedern, einzeln und als Gruppe, haben diesen Kontakt gefördert. Zu unseren Bundestreffen laden wir regelmäßig Mitglieder von USKI ein. Viele Christophorus-Mitglieder haben auf diese Weise einige der Schönheiten der Slowakei kennen gelernt, sowohl natürliche, wie die Tatra, als auch kulturelle, wie die vielen wunderschönen alten Städte. Damit haben sie auch Zugang zu einem interessanten Teil europäischer Geschichte gefunden, einschließlich des Kontaktes zur griechisch-katholischen Kirche in der Ostslowakei (Bistum Presov). Die slowakischen Akademiker erhielten bei unseren Tagungen Einblick in aktuelle Fragen im Westen. Durch unsere Spenden (Kollekten bei den verschiedenen Treffen des Christophorus) konnten

wir eine wichtige Arbeit von USKI unterstützen. Aus der Erfahrung heraus, dass die Wende zwar einen freien Austausch von Gedanken möglich gemacht hat, an Hochschulen und Schulen aber noch die alten Themen gelehrt wurden, hatte der frühere Präsident von USKI, Prof. Dr. Anton Haiduk, mit der Gründung einer neuen Hochschule in Trnava und mit der Einrichtung von Lehrerbildungskursen Neuanfänge möglich machen wollen. Ein solcher Kurs besteht aus zwölf Einheiten; jeweils eine Disziplin wird an einem Wochenende unter dem Aspekt der Vereinbarkeit von Glauben und Wissen behandelt. Wie wir bei der Zeugnisverleihung am Ende eines solchen Kurses erfahren haben, erlebten die Teilnehmer dort mit großer Erleichterung, dass, entgegen der Meinung im Kommunismus, sehr wohl Glaube und Wissenschaft zusammengehen können.

Unsere Spenden senden wir dabei über Renovabis, das diese Bildungsangebote bisher mitfinanziert hat und noch weiterhin unterstützt. Zurzeit plant USKI ein neues Projekt: "Die Nachwirkungen der Behinderung auf die geistige Entwicklung der Kinder und Jugendlichen". Es geht dabei um Seminare für Lehrer, die sich mit behinderten Kindern und Jugendlichen beschäftigen. Auch unterstützen wir Studierende aus der Slowakei, damit sie an den Salzburger Hochschulwochen teilnehmen können und dabei nicht nur interessante Themen, sondern auch junge Katholiken aus westlichen Ländern kennen lernen und somit etwas von der Weite des Katholizismus spüren.

*Grete Fehrenbach, Mitglied des ZdK*

*An dieser Stelle bitten wir Mitglieder des ZdK, über erfolgreiche gesellschaftspolitische Initiativen aus dem eigenen Verband, dem eigenen Diözesanrat oder dem eigenen beruflichen Umfeld zu berichten. Falls Ihnen ein Beitrag vorschwebt, wenden Sie sich an die Redaktion!*